

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und dem Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch dieboten 2,50 Mk., bei Postbestellung 3 Mk. jährlich 30 Mk. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend 10 Pf. Für Bestellungen in der Geschäftsstelle oder per Postsendung sind die üblichen Gebühren zu zahlen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückerstattung des Bezugspreises. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Kupferpreis: die 2. und 3. Seite 20 Goldpfennig, die 4. und 5. Seite 10 Goldpfennig, die 6. und 7. Seite 5 Goldpfennig, die 8. und 9. Seite 2 Goldpfennig, die 10. und 11. Seite 1 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Wochenspenden und Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 10. Uhr durch Fernruf übermittelten Anzeigen überlassen wir keine Garantie. Jeder Rücktrittsanspruch ist, wenn der Betrag durch die Zeitung eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Verwaltungsverhältnisse entgegen.

Nr. 162 — 83. Jahrgang

Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Sonntag den 13. Juli 1924

Schwüle.

Zu der in Paris zustande gekommenen „Einigung“ zwischen Herriot und Macdonald wird uns von einem parteiunabhängigen Politiker geschrieben:

Nachgerade wirkt es geradezu komisch, daß nach Zusammenkünften des englischen und französischen Ministerpräsidenten eine Erklärung veröffentlicht wird, in der die „vollkommenste Einigkeit beider“ laut in die Welt hinausströmt — und wenn dann die Ministerpräsidenten vor ihren Parlamenten Erklärungen über diese Erklärung abgeben, dann stellt es sich heraus, daß jeder etwas anderes darunter verstanden und beabsichtigt hat. Will man daher einen genauen Bericht über die derzeitige Lage geben, so steht das eine fest, daß gar nichts feststeht, daß man vielmehr fast alle, namentlich die entscheidenden Punkte der Konferenz überlassen will.

Der Konferenz — ja, man weiß auch hierüber nichts Genaues. Nur das eine, daß die Vorkonferenz tatsächlich am nächsten Mittwoch in London beginnen soll, aber wie es mit der eigentlichen, der Hauptkonferenz bestellt sein wird, weiß man nicht. Jetzt heißt es wieder, daß diese Hauptkonferenz, an der — nach englischer Absicht — die Deutschen als Gleichberechtigte teilnehmen sollen, in Paris stattfinden wird. Das bedeutet natürlich einen Erfolg Herriots, und ein Erfolg des französischen Ministerpräsidenten ist nie dazu angehen, die nervenzerrückende Schwüle, die Unbestimmtheit über das, was nun wirklich kommen wird, irgendwie zu zerstreuen.

Verstärkt worden ist die Schwüle auch durch die Debatte im französischen Senat über eine Interpellation Poincarés. Schon der erste Redner, Bompard, erinnert an das Wort Herriots, daß sich dieser hinsichtlich der Ruhrbefreiung völlig freie Hand gewahrt habe, und daß die dortige Befreiung nur „verdünnt“ werden würde. Und dann verweigert man sich zu der Erklärung, England, Frankreich, Belgien würden solange das linke Rheinufer besetzt halten, bis Deutschland den Friedensvertrag von Versailles restlos erfüllt hat — gleich, als ob es keine genauen Nennungsbestimmungen eben dieses Vertrages gäbe. Und Poincaré kämpft wie ein Löwe um sein liebste Kind, nämlich die Reparationskommission. Die müßte zu spät für die Durchführung des Versailler Vertrages sein und bleiben. Auch der Dawes-Bericht unterstelle die Ausführung seiner Bestimmungen der Reparationskommission, gebe überhaupt nicht über den Versailler Vertrag hinaus. Wo das doch geschehe, sei die Durchführung der betreffenden Bestimmungen Sache der Regierungen. Nur die Replo habe eine Verfestigung Deutschlands zu konstatieren. Von einer etwaigen Einigung über ein Vorgehen der Alliierten in einem solchen Falle hält er nicht viel, hält aber desto fester an dem „Recht“ Frankreichs zu einem isolierten Vorgehen fest. Man kennt diese Mängel.

Die Befürchtung, daß durch das gemeinsame Communiqué der Ministerpräsidenten die Rechte der Replo eingeschränkt würden, hätte er sich allerdings sparen können. Denn gleichzeitig hat Macdonald im Unterhaus auf eine Anfrage, ob die englische Regierung ihren früheren Standpunkt preisgegeben hätte, wonach der Dawes-Bericht außerhalb des Versailler Vertrages liegende Bestimmungen enthalte und daher die Replo zur Feststellung einer deutschen Verfehlung gegen diesen Vertrag gar nicht geeignet sei, mit einem zaghaften: „Nein, wir haben diesen Standpunkt nicht endgültig aufgegeben“ beantwortet. Jetzt sollen hierüber Rechtsverständige gefragt werden und ihr Bericht wird dann der Londoner Konferenz zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Natürlich ist Macdonald auch gegen ein isoliertes militärisches oder politisches Vorgehen irgendeiner Macht in einem deutschen „Verfehlungsfall“, weil bei einer solchen Möglichkeit natürlich die berühmte 800-Millionen-Mark-Anleihe eine — Unmöglichkeit ist. Wie sollen aber Garantien für eine Sicherheit dagegen vorhanden sein, wenn Macdonald damit einverstanden ist, die Hauptfrage, nämlich die Zuständigkeitsumgrenzung der Replo, erst nach Anwendung des Dawes-Berichts auszutragen! Das ist doch der allerbedeutendste Rückschlag, da ja zur Anwendung des Dawes-Berichts gerade auch die Unterbringung der Anleihe gehört. Aber fast scheint man diese „Anwendung“ so aufzufassen, als ob nur Deutschland alle es betreffenden Bestimmungen ausführen solle, die Gegenleistungen aber auf die lange Bank geschoben würden! Macdonald gibt doch selbst zu, daß wir kein Pfund und keinen Dollar geliehen erhalten, solange nicht Geschlossenheit in der Ruhrumrahmung ein fester, haltbarer Niegel vorgeschoben ist. Das ist aber nicht der Fall; darum bleibt die Atmosphäre kühl, brüdend; von einer Klärung ist nichts zu spüren.

Verbessert wird sie auch nicht durch die Mitteilung Macdonalds, daß über die französische Sicherungsfrage (gegen einen deutschen Angriff) natürlich von England kein Vorschlag angenommen werden würde, der einen militärischen Charakter trage. Wenn sich England — und damit auch Amerika — auf ein militärisches Schutzband nicht einläßt, dann wird — und muß aus innerpolitischen Gründen — Herriot diese Sicherungen eben wo anders suchen und lenkt dadurch ganz in die oben angezeichneten Gleise der poincaréschen Politik ein. Dann ist natürlich

Beratung deutscher Vorbedingungen.

(Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Rotterdam, 12. Juli. Reuter meldet: Die Alliierten sind in Beratungen über den deutschen Antrag eingetreten, der am 7. Juli in Paris und London überreicht worden ist und der von den deutschen Vorbedingungen für die Annahme des Dawes-Planes spricht. Der Meinungsaustausch der Alliierten soll noch vor der Londoner Konferenz zu Ende gebracht werden.

Sicherungsproblem und Ruhräumung.

(Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Paris, 12. Juli. Der Pariser „Temps“ meldet: Nach Abschluß der Ministerberatungen hat Kriegsminister Nollet den ihn befragenden Journalisten erklärt: Das militärische Ergebnis der Besprechungen ist die Vertagung des Sicherungsproblems. Solange dieses Problem nicht gelöst ist, bleiben Frankreichs Truppen an der Ruhr.

Die französisch-englischen Abmachungen

(Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

London, 12. Juli. Der „Times“-Korrespondent hat Macdonald unmittelbar nach seiner Rückkehr befragt. Macdonald

sagte: An Frankreich und England wird es nicht mehr liegen, wenn die Londoner Konferenz nicht zum Ziele führt; wir haben kein neues Abkommen geschlossen, sondern unsere bisherigen Abmachungen ergänzt. England muß Frankreich nicht nur in einem kommenden Kriege beistehen, sondern auch darauf bestehen, daß Frankreichs Schäden wieder gut gemacht werden, die der Einfall von 1914 verschuldet hat.

Riesenbrand zu Messina.

Viele Häuser eingeebnet. — Zahlreiche Verletzte.

(Eigener Fernsprecheinst des „Wilsdruffer Tageblattes“.)

Aus Messina wird berichtet: Kurz nach Mittag brach in der Normalschule aus bisher noch unbekannter Ursache Feuer aus, das sich mit großer Schnelligkeit auf die Carmelitenskirche und das Gymnasium ausbreitete, die zerstört wurden. Die Flammen griffen darauf auf Holzhäuser über, von denen trotz der Arbeit der Feuerwehr und der Truppen hundert zerstört wurden. Schließlich gelang es durch ungeheure Anstrengungen, eine weitere Ausbreitung des Feuers zu verhindern. Ein weitere Meldung: Bei dem Brande in Messina sind 80 Häuser eingeebnet worden. 30 Feuerwehrleute und Zivilisten wurden verwundet, ungefähr 1500 Personen sind obdachlos.

Mittwoch Beginn der Konferenz.

Wie sich England tröstet.

London, 11. Juli.

Das politische Tagesgespräch bildet hier die in Paris erfolgte „Einigung“ zwischen Herriot und Macdonald. Die Stimmung in England ist aber, wenn auch nicht gerade zu Tode betrübt, so noch viel weniger himmelhoch jauchzend. Das stolze Albion ist natürlich nicht erbaut davon, daß sein Premierminister in Paris zu Kreuze geknien ist. Es wird scharfe Kritik an dem Verhalten Macdonalds geübt, der Vorwurf der Ungeschicklichkeit und der Unfähigkeit erdient an allen Ecken und Enden. Kein Wunder, wenn Herr Macdonald an einem Tage eine Sache als richtig, am nächsten als unrichtig bezeichnet und am dritten erklärt, dieses „unrichtig“ sei nicht endgültig, wie er es hinsichtlich der Rechte der Reparationskommission getan hat. Also die Engländer ärgern sich, aber sie wissen sich zu trösten. Nachdem sie dem leitenden Staatsminister sein Sündenregister vorgehalten haben, geben sie laut ihrer Freude darüber Ausdruck, daß die Londoner Konferenz gerettet sei, daß dieser selbst ja alle wesentlichen Entscheidungen überlassen bleiben, da in Paris nichts endgültig geregelt sei. So sieht man schließlich doch dem kommenden Mittwoch mit Genugtuung entgegen, an dem sie vormittags um 11 Uhr eröffnet werden soll. Es wäre ja viel schöner gewesen, wenn sie ihr Werk weniger in Zeichen Poincarés begonnen hätte, aber die Hauptsache

ist, daß sie überhaupt beginnt. Als ob eine solche Konferenz Selbstzweck wäre und nicht Mittel zum Zweck sein sollte!

Die fünf Punkte.

Was die Alliierten von uns fordern.

Wie aus der schon veröffentlichten Antwortnote der Reichsministerkonferenz in der Frage der Militärkontrolle hervorgeht, wird die internationalisierte Militärkontrolle mit der bevorstehenden Generalinspektion noch nicht beendet sein, sondern erst nach Durchführung der fünf Punkte, die in der Note vom 29. September 1922 aufgezählt waren. Diese fünf Punkte betreffen die Ausführung einer Anzahl Artikel des Versailler Vertrages, die folgendes verlangen: Erstens Reorganisation der deutschen Polizei, zweitens Umstellung der Fabriken, drittens Auslieferung des Restes des nicht zugelassenen Kriegsmaterials, viertens Auslieferung der Schriftstücke, die sich auf die Bestände an Kriegsmaterial zur Zeit des Waffenstillstandes und auf die Tätigkeit der Fabriken während des Krieges und nach dem Waffenstillstand beziehen, fünftens Veröffentlichung von gesetzlichen Bestimmungen auf legislativem, vtem oder administrativem Wege, je nach den Umständen des Falles, die notwendig sind, um das Verbot der Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial wirksam zu gestalten und die Rekrutierung und Organisation des Heeres mit den militärischen Bestimmungen des Versailler Vertrages in Einklang zu bringen.

von dem Geist der Versöhnung, wie er im Dawes-Bericht angedeutet wird, überhaupt nichts mehr übrig.

Am 15. Juli sind es sechs Monate her, seit die heiß herbeigewünschten Sachverständigen ihre Arbeit begannen: wann wir nun wirklich zu einem ständigen, die über Europa lastende Schwüle endlich beseitigenden Resultat kommen werden, läßt sich gemäß dem hier Befragten noch gar nicht absehen. Für uns ist es am wertvollsten. Getan haben wir wirklich viel, die Dinge mit vorwärtschieben zu helfen, aber wir haben jetzt die Empfindung, daß uns die Karre über die Fische gefahren ist. Denn — als ob das so sein müßte! — man packt uns noch mehr auf, als in Versailles bestimmt wurde, und betrachtet uns als die größten Schurken und Verhinderer des Friedens, wenn wir uns sträuben sollten, auch das Neue zu unterschreiben. Freilich, auch auf uns lastet es wie eine Lähmung; denn unsererseits ist irgendwelcher Protest gegen diese Verhinderung der bisherigen Bestimmungen nicht erfolgt, ist keine geharnischte Erklärung darüber hinausgegangen, daß wir uns das nicht so ohne weiteres gefallen lassen wollen. Wann endlich werden wir die Kraft finden, trotz dieser lähmenden Schwüle zu handeln?

Was Deutschland verlangen muß.

Auf der Jahrestagung des Eisen- und Stahlwaren-Industrieverbandes hat sich der Außenminister Dr. Stresemann über die Voraussetzungen der Durchführung des Dawes-Planes eingehend geäußert. Sein Gedankengang war etwa folgender: Die Steigerung deutscher Ausfuhrfähigkeit ist gleichzeitig die Grundvoraussetzung der von Deutschland nach dem Sachverständigengutachten zu leistenden Kriegsschuldungen, deren Übertragung an das Ausland aus dem Überschuß der deutschen Wirtschaft ohne Gefährdung der

deutschen Wahrung erfolgen sollte. Damit ist die Frage der Entwicklung der deutschen Ausfuhr auch zum Kernproblem einer Durchführung des Sachverständigengutachtens geworden. Die Herstellung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Einheit ist das zweite Problem, das im Einvernehmen mit Deutschland bei der Regelung des Sachverständigengutachtens gelöst werden muß. Der Begriff der wirtschaftlichen und finanziellen Einheit schließt auch die Verwaltungshoheit in sich und bedingt die Wiederherstellung des status quo vor dem Ruhrerbruch. Weiter kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die deutsche Produktion nicht durch die Fortdauer der militärischen Besetzung in dem nicht vertragsmäßig besetzten Gebiet gehemmt werden kann.

Es muß festgestellt werden, daß die Einschränkung der deutschen wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität durch das Sachverständigengutachten über die Bedingungen hinausgeht, zu denen wir nach dem Vertrage von Versailles verpflichtet sind. Man kann uns deshalb diese Bedingungen nicht aufzwingen. Die Entscheidung unterliegt letzten Endes der Beschlussfassung des deutschen Reichstags. Für diese Beschlussfassung wird entscheidend sein, ob der Vertrag von Versailles auch darin wiederhergestellt wird, daß für Deutschland diejenige Grenze gilt, die es nach dem Vertrage von Versailles hat, und Sicherheit dafür geschaffen werden muß, daß alle darüber hinausgehenden Besetzungen im Zusammenhang mit der Durchführung des Sachverständigengutachtens aufhören. Nur durch eine Anerkennung dieser Grundsätze werden wir bei den bevorstehenden Abmachungen diejenige Grundlage in dieser Verständigung erreichen, die eine neue Ara wirtschaftlicher Verständigung an Stelle des bisherigen Systems der Gewalt setzt.